



Dr. Jörg Steinhausen  
Landesgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN in NRW  
zur Eröffnung der Spatenstich-Tagung  
**„Allianz für Nachsorge“**  
am 01.06.2004 in Düsseldorf

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

Sehr geehrte Frau Ministerin Fischer,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich, Sie heute sehr herzlich in Düsseldorf zu unserer Tagung „Allianz für Nachsorge“ begrüßen zu können. Die Nachfrage aus Trägerorganisationen und Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege hat unsere Erwartung weit übertroffen. Ebenfalls zahlreich erschienen sind Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung des Landes, der Landschaftsverbände und ihren Kliniken sowie der Kommunen. Besonders begrüßen darf ich von den Landschaftsverbänden Herrn Landesrat Rainer Kukla und Herrn Dr. Bernhard Wittmann sowie als weitere Referenten von der Universität Essen Herrn Dr. Dieter Seifert und unseren Projektgeber den Landesbeauftragten für den Maßregelvollzug Herrn Uwe Dönisch-Seidel.

Ich darf jetzt schon sagen, dass sich der Paritätische durch dieses große Interesse ermutigt fühlt, das Thema Maßregelvollzug in Nordrhein-Westfalen auch zu einer echten Herausforderung für den freigemeinnützigen Bereich zu machen.

Wir danken Ihnen, Frau Ministerin, für das Vertrauen, das Sie in uns mit der Projektförderung „STÜTZPUNKT NACHSORGE“ setzen. Wir nehmen als Paritätischer insbesondere den Auftrag, spitzenverbandsübergreifend tätig zu werden, außerordentlich ernst. Auch die Besetzung unseres Fachbeirates bringt diese Haltung ganz selbstverständlich zum Ausdruck.

Hier finden sich neben dem Landesbeauftragten nicht nur Experten der Kliniken, sondern auch engagierte Vertreter von Partnerverbänden unserer Landesarbeitsgemeinschaft. Ich möchte allen Mitgliedern des Beirates bei dieser Gelegenheit für die äußerst hilfreichen Beratungen im Vorfeld danken.

Eine qualifizierte Nachsorge nach einer erfolgreichen Behandlung im Maßregelvollzug durch geeignete Einrichtungen und Dienste ist meines Erachtens zwingend notwendig, aber auch ohne jede Alternative. Und wenn der weitaus überwiegende Teil der komplementären Versorgung im Gesundheits- und Sozialwesen unseres Landes nicht aus historischem Zufall, sondern aus vielfältigen und guten Gründen sich in „freier Trägerschaft“ befindet, müssen wir uns auch stellen, wenn Menschen auf Grund einer spezifischen Krankheit oder Behinderung straffällig geworden sind.

Unsere Initiative „Allianz für Nachsorge“ will auf die fachlichen und die politischen Konsequenzen individuell wie gesellschaftlich oft schwer zu ertragender Zustände eingehen. Eine humane Gesellschaft weist konstitutiv Spannungen zwischen Sicherheit und Freiheit auf. *(Zitat aus dem Flyer):*

*„Menschen, die auf Grund einer psychischen Erkrankung, einer Suchterkrankung oder einer geistigen Behinderung straffällig geworden und für die Allgemeinheit gefährlich sind, werden nach richterlicher Anordnung in gesicherten Maßregelvollzugseinrichtungen untergebracht. Diese besonderen Fachkliniken erfüllen in der Phase der Behandlung die gesetzlichen Anforderungen nach »Besserung und Sicherung«.*

*Sie stehen bis heute in öffentlicher Trägerschaft der beiden Landschaftsverbände. Künftig werden aber auch Organisationen aus der Freien Wohlfahrtspflege diese Aufgabe in Münster und Duisburg übernehmen.*

*Therapie und Sicherheit bedingen sich wechselseitig. Unabhängige Gutachter prüfen regelmäßig den Behandlungserfolg. Soweit davon ausgegangen werden kann, dass keine erhebliche Gefahr mehr besteht, ist unter strengen Auflagen die Beurlaubung und die (bedingte) Entlassung eines/einer Maßregelvollzugspatienten/in in eine geeignete Region (Kommune) geboten.*

*Häufig ist in dieser Kommune eine weitergehende intensive Betreuung und Versorgung der beurlaubten bzw. entlassenen Menschen nötig. Hierfür sollten grundsätzlich auch Angebote von Trägern der Freien Wohlfahrtspflege etwa aus den Arbeitsfeldern Sozialpsychiatrie, Suchthilfe, Behindertenhilfe und Gefährdetenhilfe zur Verfügung stehen.*

*Ihre Professionalität und Erfahrung ist für diese anspruchsvolle Aufgabe zu gewinnen und spezifisch weiter zu entwickeln. Ihr Engagement kann im Zusammenwirken mit verlässlichen Partnern (Maßregelvollzugseinrichtungen, Justiz usw.) zu dem Ziel dieser Initiative »Sicherheit durch Nachsorge« beitragen.*

*Die Qualifizierung, Solidarisierung und Vernetzung der nachsorgenden Träger steht auch als ein Beitrag zum Opferschutz im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Wir brauchen darüber einen möglichst breiten, verschiedenste Institutionen und Arbeitsfelder übergreifenden Konsens in und für Nordrhein-Westfalen. Nur gemeinsam können wir diese gesellschaftspolitische Herausforderung bewältigen.“*

Soweit der Text der Erklärung „Allianz für Nachsorge“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne heute gern diese „Initiative in der Freien Wohlfahrtspflege“ und Sie können sie ab sofort mit Ihrer Institution unterstützen. Wir werden die Liste der Unterstützer im Internet veröffentlichen und regelmäßig ergänzen. Erklärungen, die uns bis Ende dieser Woche erreichen, werden wir als „Erstunterzeichner“ behandeln. Sie verdienen

unseren besonderen Respekt. Denn noch längst ist es nicht selbstverständlich, sich offen und konstruktiv der Aufgabe zu stellen.

Beachten Sie bitte auch, dass nicht etwa nur Träger von Einrichtungen und Diensten der besagten Arbeitsfelder angesprochen sind. Ein „*möglichst breiter Konsens*“ umfasst nach unseren Vorstellungen theoretisch jeden Verein, jede Organisation, jeden Verband auch ausserhalb des Gesundheits- und Sozialsystems. Reichen Sie also gern den Flyer weiter oder weisen Sie auf die neue Internetseite unseres Projektes hin.

Ich freue mich, dass bis heute Morgen schon fast drei Dutzend Unterstützer „vorab“ der Allianz beigetreten sind. Außerordentlich bemerkenswert finde ich hier die Unterschriften eines Kinderheimes und einer Tageseinrichtung für Kinder. Ebenso haben wir erste Kontakte mit Ortsvereinen des Kinderschutzbundes und des Weißen Ringes.

Unsere Hoffnung, dass der STÜTZPUNKT NACHSORGE im Allgemeinen und die „Allianz für Nachsorge“ im Besonderen als Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im Maßregelvollzug nicht nur im engen Zirkel der Expertinnen und Experten, sondern auch in einer größeren Öffentlichkeit wahrgenommen wird, könnte sich also erfüllen.

Fast auf den Tag genau vor fünf Jahren haben Sie, Frau Ministerin, in Bochum auf einer bundesweiten Tagung der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie mit dem Titel

*„Forensik im Abseits. Aufkündigung der gesellschaftlichen Verantwortung für den Maßregelvollzug“* gesprochen. Es wäre hervorragend, wenn wir alle gemeinsam das Thema „Forensik aus dem Abseits“ bringen könnten und unsere gemeinsame gesellschaftspolitische Verantwortung für den Maßregelvollzug mit allen Konsequenzen und Folgeproblemen auf viele konstruktive Tagesordnungen bekämen. Jeder an seiner Stelle, jede in ihrer Zuständigkeit, aber alle nach Kräften in dieselbe Richtung.

Ich habe mir die Weiterentwicklung der „Komplementären Nachsorge“ auch ganz persönlich zum Anliegen gemacht. Gern werde ich zum Beispiel meine augenblickliche Funktion als Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft öffentliche und freie Wohlfahrtspflege nutzen, um auch mit unseren Partnern im kommunalen Bereich Erfahrungen und Positionen auszutauschen. Nicht zufällig führt das Projekt STÜTZPUNKT NACHSORGE den Zusatz im Schilde „Aus der Forensik in die Kommune“. Die nachsorgenden Träger brauchen politischen Rückhalt vor Ort.

Ebenso wären für mich etwa die Landesgesundheitskonferenz und der Landespräventionsrat geeignete Orte der Diskussion. Ich lade Sie alle ein, ebenfalls solche Orte zu suchen oder wenn nötig zu konstituieren. Der STÜTZPUNKT steht Ihnen hierbei gern beratend zur Verfügung.

Mein Dank zum Schluss gilt unserer Projektmitarbeiterin Frau Silke Penning, die auch das weitere Programm der Tagung moderieren wird und dem Leiter des Projektes Herrn Bernd Woltmann-Zingsheim. Unter seiner Regie begannen vor rund

sechs Jahren die systematischen forensischen Aktivitäten im Paritätischen.

Schließlich danke ich den zahlreichen Helferinnen und Helfern, die im Hintergrund für den erfolgreichen Ablauf der Tagung sorgen, und diesem bewährten Hause für die gute Kooperation.

Ich wünsche uns nun einen anregenden Verlauf dieses „Spatenstiches“, schaue schon heute erwartungsvoll auf die Richtfest-Tagung des Projektes in einem Jahr und darf Sie nun, Frau Ministerin, sehr herzlich um das Wort bitten.

28.05.04